

Stellungnahmen zu der bauhistorischen Studie

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Soziales, Wirtschaft und Arbeit – Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Stellungnahme vom 22. September 2020

BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH

Stellungnahme vom 24. September

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Stellungnahme vom 19. Oktober 2020

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin 10360 Berlin (Postanschrift)

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen
Referat IV B
IV B 44, Frau Birr

Dienstgebäude	Alt-Friedrichsfelde 60, Haus 2; 10315 Berlin
Fahrverbindung	S 5, S 7, S 75 F'felde Ost, U 5 F'felde Bus 108, 194, Tram M 17, 27, 37 Stapl D 6181 / Cfd
Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)	
Bearbeiter/in	Herr Radke
Zimmer	2.1126
Telefon	030 / 90 296 – 64 31
Zentrale	030 / 90 296 - 0
Fax	030 / 90 296 – 64 09
E-Mail	Clemens.Radke@lichtenberg.berlin.de
Sprechzeiten	Di: 9:00 – 12:00 Uhr Do: 14:00 – 18:00 Uhr
Datum	22. September 2020

Campus für Demokratie in Berlin-Lichtenberg

Entwurf einer bauhistorischen Studie zum ehemaligen MfS-Areal Normannenstraße Ihr Stellungnahmeersuchen vom 07. September 2020

Sehr geehrte Frau Birr,

aus Sicht der Stadterneuerung / Sanierung im Stadtentwicklungsamt Lichtenberg gibt es gegen das vorgelegte bauhistorische Gutachten keine Bedenken bzw. Einwendungen.

Die Studie ist sehr umfangreich und enthält eine wertvolle Zusammenstellung der bauhistorischen Fakten zum gesamten Baublock. Interessant sind die vielen aufgearbeiteten historischen Karten, Pläne und die zeitgeschichtlichen Fotos. Das Kompendium ist eine komprimierte Erfassung der Historie des betroffenen Blocks.

Dennoch muss angemerkt werden, dass diese Studie lediglich ein Fachbeitrag ist und gegen andere Fachbelange bei der Blockentwicklung abgewogen werden muss. Für den Sanierungsrahmenplan ist nicht allein die Bewahrung der historischer Relikte maßgeblich, vielmehr müssen alle Aspekte zu bautechnischen, wirtschaftlichen, städtebaulichen, sozialen und gesellschaftlichen Fragen in die weiteren Planungsschritte mit einbezogen werden.

Trotz der Aufforderung zum sensiblen Umgang mit dem Baublock darf die bauhistorische Studie nicht die notwendigen Entscheidungen über den städtebaulichen und sanierungsrechtlichen Umgang mit dem Campus für Demokratie determinieren.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Radke

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und
Wohnen
Abteilung IV
Frau Daniela Birr
Württembergische Straße 6
10707 Berlin

BIM Berliner
Immobilienmanagement GmbH
Keibelstraße 36
10178 Berlin

Tel.: +49 30 90166 1760
Fax: +49 30 90166 1415

www.bim-berlin.de
Katharina.Riemann@bim-berlin.de

Es schreibt Ihnen
Katharina Riemann

Berlin, 24.September 2020

**Campus für Demokratie
Stellungnahme zum Entwurf des Bauhistorischen Gutachtens**

Sehr geehrte Frau Birr,

ich möchte mich für die Übersendung des Entwurfes des Bauhistorischen Gutachtens bedanken.

Entsprechend der geinsam getroffenen Abstimmungen im Rahmen der 2. Lenkungsrunde zum Campus für Demokratie, möchte ich Ihnen die Stellungnahme aus Sicht des Landes Berlin übermitteln. Diese Stellungnahme bezieht sich auf die im Treuhandvermögen des Landes Berlin befindlichen Liegenschaften Frankfurter Allee 187, Häuser 12 bis 14 sowie auf die im SILB Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin befindliche Liegenschaft Magdalenenstr.25.

Zur Frankfurter Allee 187, Häuser 12 bis 14:

Für die Liegenschaft Frankfurter Allee 187 verfolgt die BIM im Interesse des Bundes gem. Beschluss des Deutschen Bundestages vom 26.09.2019 als auch des Landes gem. des Senatsbeschluss vom 14.01.2020 den Rückbau der vorgenannten Liegenschaften. Der Bund hat das Ziel, dort das Archivzentrum des BStU unter dem Dach des Bundesarchives zu errichten. Um diesem Ziel gerecht werden zu können, ist der Erhalt der Häuser Frankfurter Allee 187 (Häuser 12 bis 14) angesichts des hohen Instandsetzungsaufwandes sowie des damit verbundenen Umstandes, keine Neubaupotenziale an der Stelle heben zu können, unwirtschaftlich. Darüber hinaus ergeben sich durch die Realisierung eines Neubaus neben einer effizienten Flächenauslastung auch die Möglichkeit, das Gesamtareal ansprechender und einladender für Besucher und Passanten zu gestalten.

●
Sitz
Berlin
AG Charlottenburg
HRB 87806
USt-IdNr. DE227125263

**Vorsitzende
des Aufsichtsrates**
Staatssekretärin
Vera Junker

Geschäftsführer
Sven Lemiss
Birgit Möhring

Zur Magdalenenstr.25:

Für die Liegenschaft Magdalenenstr. 25, welche von unserem Nutzer Finanzamt für Körperschaften genutzt wird, schlägt der Entwurf des Bauhistorischen Gutachtens die Schaffung eines Zuganges zum Campus vor.

An dieser Stelle möchten wir darum bitten, dass die Prüfung dessen mittels einer Machbarkeitsstudie separat betrachtet wird und gemäß heutigem Stand ergebnisoffen ist.

Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der Wahrung des Steuergeheimnisses sowie der Sicherheitsbedürfnisse unseres Nutzers zwingend erforderlich.

Selbstverständlich stehen wir im Rahmen der Standortplanung Campus für Demokratie weiterhin unterstützend als Mitglied des Projektbeirates zur Seite.

Ebenso stehen wir Ihnen jederzeit für etwaige Rückfragen zum Vorgang zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Birgit Möhring
Geschäftsführerin

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Stellungnahme zur Bauhistorische Studie Campus für Demokratie

Sehr geehrte Frau Birr,

die vorgelegte Studie enthält umfangreiche und detaillierte Darstellungen der baulichen Geschichte des gesamten Areals sowie einzelner Gebäude und Flächen, die hilfreiche Anknüpfungspunkte für die Entwicklung des Blocks bieten, besonders was den Erhalt von historischen Elementen betrifft. Letzteres hat allerdings in angemessener Weise und nicht losgelöst von weiteren wesentlichen Faktoren (wirtschaftliche, bautechnische, soziale ...) zu erfolgen, damit Leuchtturmprojekte wie das Archivzentrum nicht ausgebremst werden und in der Folge große Teile des Geländes weitere Jahrzehnte im Tiefschlaf verbringen.

Damit ist schon beschrieben, dass aus erinnerungspolitischer Sicht bei der weiteren Entwicklung des Geländes ein Spagat zu meistern ist. So sollen möglichst viele Spuren erhalten bleiben, die an die Nutzung durch die ostdeutsche Geheimpolizei erinnern. Gleichzeitig bietet sich die einmalige Chance, die Unterlagen zum Sammelgebiet SED-Diktatur am Ort zu konzentrieren und zugänglich zu machen. Das Archivzentrum wird Motor für die Entwicklung des Geländes und seine Strahlkraft in den umliegenden Stadtraum und die Berliner Stadtgesellschaft wird auch die anderen bereits vorhandenen erinnerungspolitischen Angebote (Oppositionsarchiv, Museum, Ausstellungen, Lernort) sowie das von der Robert-Havemann-Gesellschaft geplante Forum Opposition und Widerstand befördern. Der Raumbedarf für das Archivzentrum des Bundesarchivs ist jedoch immens und kaum ohne Abriss und Neubau umzusetzen.

Für Menschen ohne Vorkenntnisse, die das Gelände heute außen passieren, erschließt sich - anders als in der bauhistorischen Studie behauptet - die frühere Nutzung durch die Stasi derzeit nicht. Der repressive Charakter des wichtigsten Machtinstruments der kommunistischen Staatspartei SED lässt sich nur in eingeschränktem Maße an der baulichen Überlieferung ablesen. An der Bestandsarchitektur ist auch nicht erkennbar, dass es sich um einen der wichtigsten Orte der Friedlichen Revolution handelt, um einen Ort an dem um die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft gerungen wurde – um einen Ort deutscher Demokratieggeschichte. Die künftigen Archivbauten sollten mit ihrer Architektur und durch künstlerische Gestaltung das Areal als Ort von Repression und Revolution für Nutzer und Besucher lesbar machen.

Insofern sind die in der Studie gegebenen Empfehlungen zum Erhalt der Häuser 12-14 allein aus bauhistorischer Sicht nicht zielführend. Im weiteren Abstimmungsprozess zum Archivzentrum kann die bauhistorische Studie nur ein Fachbeitrag neben anderen sein.

Mit freundlichen Grüßen

Tom Sello
Aufarbeitungsbeauftragter

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin

Telefon: (030) 24 07 92 - 0
Telefax: (030) 24 07 92 - 99
E-Mail: info@aufarbeitung-berlin.de
Internet: www.berlin.de/aufarbeitung